

DE

REM 15/02

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 1-10-2004
K(2004)3612

NICHT ZUR VERÖFFENTLICHUNG
BESTIMMT

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

Vom 1-10-2004

**zur Feststellung, dass die Erstattung der Einfuhrabgaben in einem bestimmten Fall
nicht gerechtfertigt ist**

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(Antrag der Bundesrepublik Deutschland)

(REM 15/02)

FR

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

Vom 1-10-2004

**zur Feststellung, dass die Erstattung der Einfuhrabgaben in einem bestimmten Fall
nicht gerechtfertigt ist**

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(Antrag der Bundesrepublik Deutschland)

(REM 15/02)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften¹, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2700/2000²,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates³, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2286/2003⁴,

¹ ABl. L 302 vom 19.10.1992, S.1.

² ABl. L 311 vom 12.12.2000, S.17.

³ ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1.

⁴ ABl. L 343 vom 31.12.2003, S. 1.

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit dem bei der Kommission am 24. Juni 2002 eingegangenen Schreiben vom 13. Juni 2002 ersuchte die Bundesrepublik Deutschland die Kommission, nach Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zu entscheiden, ob es gerechtfertigt ist, die Einfuhrabgaben unter folgenden Umständen zu erstatten:
- (2) Gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1335/2003 der Kommission vom 25. Juli 2003⁵ zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 findet Artikel 1 der besagten Verordnung auf Fälle, die der Kommission vor dem 1. August 2003 übermittelt wurden, keine Anwendung. Im weiteren Verlauf dieser Entscheidung gelten daher Bezugnahmen auf die vorgenannte Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 als Verweise auf deren letzte Änderung durch die Verordnung (EG) Nr. 881/2003⁶ der Kommission vom 21. Mai 2003.
- (3) Ein in Deutschland ansässiger Zolldienstleister, im Folgenden der „Beteiligte“ genannt, führte für Rechnung seiner Kunden - norwegischen Ausführern - Fischereierzeugnisse aus Norwegen ein.
- (4) Die betreffenden Waren konnten im Rahmen der Zollkontingente, die in dem Beschluss 95/312/EG des Rates vom 24. Juli 1995 über den Abschluss eines Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen infolge des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union⁷ vorgesehen waren, ab 1. Juli 1995 zollfrei in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt werden. Besagte Zollkontingente wurden mit der Verordnung (EG) Nr. 3061/95 vom 22. Dezember 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 992/95 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für einige Agrar- und Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Norwegen⁸ eröffnet.
- (5) Das Bundesministerium der Finanzen hatte die Zollstellen zunächst per Mitteilung vom 31. August 1995 über die Eröffnung der Zollkontingente ab 1. September 1995 im Rahmen des vorgenannten Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der

⁵ ABl. L 187 vom 26.7.2003, S.16.

⁶ ABl. L 134 vom 29.5.2003, S. 1.

⁷ ABl. L 187 vom 8.8.1995, S. 1.

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen unterrichtet. Am 4. Oktober 1995 teilte es den Zollstellen dann mit, dass dieses Zollkontingent rückwirkend zum 1. Juli 1995 eröffnet worden war.

- (6) Ab dem 1. September 1995 beantragte der Beteiligte im Rahmen der im vorgenannten Beschluss des Rates vom 24. Juli 1995 vorgesehenen und mit Verordnung (EG) Nr. 3061/95 eröffneten Zollkontingente die zollfreie Überführung der Waren in den zollrechtlich freien Verkehr und legte hierfür die erforderlichen Ursprungszeugnisse EUR.1 vor.
- (7) Unmittelbar nach der offiziellen Eröffnung der betreffenden Zollkontingente wurden von der zuständigen Zollstelle Ziehungsanträge bei der Zentralstelle Zollkontingente in Düsseldorf gestellt.
- (8) Anschließend stellte die zuständige Zollstelle fest, dass die vom Beteiligten ab 1. September 1995 im Rahmen der besagten Zollkontingente beantragte Zollfreiheit für eine bestimmte Zahl an Einfuhrsendungen nicht gewährt werden konnte und der Regelzollsatz anzuwenden war. Daraufhin forderte sie den Beteiligten am 8. März 1996 nachträglich zur Entrichtung der Einfuhrabgaben auf der Grundlage des Regelzollsatzes für die betreffenden Überführungen in den zollrechtlich freien Verkehr in Höhe von XXXXXXXX auf.
- (9) Für die Einfuhren, die der Beteiligte in den Monaten Juli und August 1995 vorgenommen hatte und für die Präferenznachweise vorlagen oder auf Anfrage vorgelegt wurden, veranlassten die zuständigen Behörden von Amts wegen die nachträgliche Anrechnung auf die Kontingente. Dies war aufgrund des maßgeblichen Zeitpunkts der Einfuhren möglich. Die Anrechnung führte zu einer Erstattung von Einfuhrabgaben in Höhe von XXXXXXXX. Die deutschen Behörden errechneten auf dieser Grundlage eine Abgabenschuld von XXXXXXXX zu Lasten des Beteiligten, die anschließend auf XXXXXXXX verringert wurde.
- (10) Der Beteiligte hat verschiedene Rechtswege beschritten und insbesondere die Erstattung der Abgaben auf der Grundlage von Artikel 236 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 beantragt. Der Bundesfinanzhof stellte fest, dass eine Erstattung auf der

⁸ ABl. L 327 vom 30.12.1995, S. 1.

Grundlage dieses Artikels nicht gerechtfertigt ist, entschied jedoch, den Erstattungsantrag gemäß Artikel 239 der vorgenannten Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 der Kommission zur Prüfung vorzulegen, weil aufgrund der Gegebenheiten dieses Falles ein besonderer Umstand vorliegen könnte, wenn in anderen Mitgliedstaaten die betreffenden Kontingente bereits vor der Veröffentlichung des für ihre Eröffnung maßgeblichen Rechtsakts zugeteilt worden sein sollten, womit dem Beteiligten die Inanspruchnahme des Kontingents verwehrt worden wäre und ihm kein anderes Rechtsmittel bliebe, um diese vorzeitige und illegitime Kontingentsaufteilung anzufechten.

- (11) Die deutschen Behörden leiteten den Fall also an die Kommission weiter, um auf der Grundlage von Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/02 prüfen zu lassen, ob die Erstattung der Einfuhrabgaben in Höhe von XXXXXXXX gerechtfertigt ist.
- (12) Zur Unterstützung des von den zuständigen deutschen Behörden vorgelegten Antrags teilte der Anwalt des Beteiligten gemäß Artikel 905 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit, dass er die betreffenden Akten eingesehen und verschiedene Anmerkungen formuliert habe, die den für die Kommission bestimmten Unterlagen hinzugefügt worden sind.
- (13) Mit Schreiben vom 28. November 2002 forderte die Kommission von den deutschen Behörden weitere Auskünfte an. Mit Schreiben vom 4. Mai 2004, das bei der Kommission am 10. Mai 2004 einging, haben die deutschen Behörden der Kommission die verlangten zusätzlichen Angaben übermittelt.
- (14) Das Verwaltungsverfahren wurde somit gemäß den Artikeln 905 und 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 in der Zeit vom 28. November 2002 bis zum 10. Mai 2004 ausgesetzt.
- (15) Mit Schreiben vom 25. Juni 2004, das am 30. Juni 2004 bei dem Beteiligten einging, teilte die Kommission dem Beteiligten über dessen Rechtsanwalt mit, dass sie den Antrag abzulehnen gedenke, und legte die Gründe für diese Ablehnung dar.
- (16) Mit Schreiben vom 21. Juli 2004, das bei der Kommission am 22. Juli 2004 einging, nahm der Rechtsanwalt des Beteiligten zu den mitgeteilten Gründen Stellung. Darin macht er im wesentlichen geltend, dass dem Beteiligten sowie sämtlichen deutschen

Einführern seiner Auffassung nach die Inanspruchnahme einer Zollpräferenzregelung von vornherein verwehrt und somit gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen worden sei. Diese Behauptung stützt sich im wesentlichen auf die Umstände des Inkrafttretens und der Veröffentlichung des einschlägigen Rechtsakts und die daraus angeblich folgende Konsequenz, dass die Zollkontingente bereits vor dem 1. September 1995 erschöpft waren, also noch bevor der Beteiligte überhaupt Zugang zu diesen Zollkontingenten erhalten konnte.

- (17) Die Frist von neun Monaten, innerhalb derer die Entscheidung der Kommission ergehen muss, wurde daher gemäß Artikel 907 der vorgenannten Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 um einen Monat verlängert.
- (18) Gemäß Artikel 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 trat am 7. September 2004 im Rahmen des Ausschusses für den Zollkodex, Fachbereich "Allgemeine Zollregelungen/Erstattung", eine Sachverständigengruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen, um den vorliegenden Fall zu prüfen.
- (19) Gemäß Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 können Einfuhrabgaben in anderen als den in den Artikeln 236, 237 und 238 genannten Fällen erstattet oder erlassen werden, wenn diese sich aus Umständen ergeben, die nicht auf betrügerische Absicht oder offensichtliche Fahrlässigkeit des Beteiligten zurückzuführen sind.
- (20) Wie aus der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften folgt, stellen diese Bestimmungen eine allgemeine Billigkeitsklausel dar, nach welcher ein besonderer Fall gegeben ist, wenn sich der Zollschuldner aufgrund der Umstände dieses Falls im Vergleich zu anderen, die gleiche Tätigkeit wie er selbst ausübenden Wirtschaftsteilnehmern in einer außergewöhnlichen Lage befindet und er ohne diese Umstände den Nachteil, der ihm aus der nachträglichen buchmäßigen Erfassung der Einfuhrabgaben erwächst, nicht erlitten hätte.
- (21) Gemäß der ständigen [Rechtsprechung](#)⁹ verfügt die Kommission in Bezug auf die Beurteilung, ob die Voraussetzungen für einen Abgabenerlass erfüllt sind, über einen gewissen Spielraum, wobei sie einerseits zwischen dem Anliegen der Gemeinschaft,

⁹ Siehe insbesondere das „Kaufring“-Urteil vom 10. Mai 2001 (verbundene Rechtssachen T-186/97, T-187/97, T-190/97 bis T-192/97, T-210/97, T-211/97, T-216/97 bis T-218/97, T-279/97, T-280/97, T-293/97 und T-147/99).

dass die Zollbestimmungen eingehalten werden, und andererseits dem Interesse des gutgläubig handelnden Einführers, keine Nachteile zu erleiden, die über das übliche Geschäftsrisiko hinausgehen, abwägen muss.

- (22) Im vorliegenden Fall hat der Beteiligte Waren in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt und die Befreiung von den Einfuhrabgaben im Rahmen von Zollkontingenten beantragt. Allerdings waren die betreffenden Zollkontingente nach Auskunft des Beteiligten zu dem Zeitpunkt, zu dem die Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr stattfand, bereits erschöpft. Da die Anwendung des Zollkontingentssatzes somit nicht gewährt werden konnte, erhoben die zuständigen Behörden die Einfuhrabgaben auf der Grundlage des Regelzollsatzes nach.
- (23) Zunächst ist festzuhalten, dass die Tatsache, dass der Beteiligte gutgläubig handelte, wie es auch die Auffassung der deutschen Behörden ist, für sich genommen keine besonderen Umstände im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 darstellt.
- (24) Als erstes führt der Beteiligte an, dass es sich bei der vorgenannten Verordnung (EG) Nr. 3061/95 des Rates zur Eröffnung der betreffenden Zollkontingente wegen der Rückwirkung um einen „misslich gestalteten Rechtsakt“ handle. Mit diesem Argument stellt er die Gültigkeit der Verordnung in Frage, deren Durchführungsmodalitäten zu einer eindeutigen Diskriminierung zwischen den Einführern geführt hätten.
- (25) Hierzu ist festzuhalten, dass die etwaige Nichtigkeit einer Verordnung der Gemeinschaft keine besonderen Umstände im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 begründet; es obliegt den Wirtschaftsteilnehmern, denen nach ihrer Ansicht Nachteile aus fehlerhaften Verordnungen der Gemeinschaft erwachsen sind, diese Verordnungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln anzufechten.
- (26) Der Beteiligte ist ferner der Auffassung, dass die nacherhobenen Einfuhrabgaben sich auf Sendungen beziehen, für die ab 1. September 1995 zunächst Zollfreiheit gewährt worden war, diese aber aufgrund der Vorverlegung der Eröffnung der betreffenden Zollkontingente auf diese nicht angerechnet werden konnten. Die Nacherhebung resultiere somit aus der rückwirkenden Anwendung der Zollkontingente, von der der

Beteiligte erst später in Kenntnis gesetzt worden sei. Darüber hinaus führt der Beteiligte an, dass bestimmte Kontingente, insbesondere die Kontingente Nrn. 09.0716, 09.0718, 09.0726 und 09.0729, bereits kurz nach dem 1. September 1995, und einige davon sogar schon vor dem 1. September 1995 erschöpft waren.

- (27) Hierzu ist zunächst festzuhalten, dass der Beschluss 95/312/EG des Rates vom 24. Juli 1995 allein der Mitteilung diene, dass die um die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden erweiterte Gemeinschaft für bestimmte Waren mit Ursprung in Norwegen Zollkontingente gewährt. Die Vorschriften dieses Rechtsakts sind inhaltlich nicht genau und bestimmt genug, um unmittelbar zur Regelung des Systems der Zollkontingente angewandt werden zu können. Im vorliegenden Fall wurden die betreffenden Zollkontingente mit der vorgenannten Verordnung (EG) Nr. 3061/05 des Rates vom 22. Dezember 1995 eröffnet. Gemäß Artikel 2 dieser Verordnung gilt „Anhang I (...) ab 1. Januar 1995 bzw. während der dort angegebenen Zeiträume.“. Die für die Zollkontingente Nrn. 09.0716, 09.0718, 09.0726 und 09.0729 verfügbaren Mengen galten vom 1. Juli bis 31. Dezember 1995. Die Verordnung (EG) Nr. 3061/95 trat sieben Tage nach ihrer Veröffentlichung - am 6. Januar 1996 - in Kraft. Bis zu diesem Tag wurden die Ziehungsanträge zurückgehalten, und erst dann konnten Zuteilungen vorgenommen werden. Vor diesem Zeitpunkt hat es keine Ziehungen auf diese Zollkontingente gegeben.
- (28) Ferner sei daran erinnert, dass die Anrechnungen auf Zollkontingente des in diesem Fall vorliegenden Typs gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 992/1995 vom 10. April 1995¹⁰ von der Kommission entsprechend den von den Mitgliedstaaten übermittelten Ziehungsanträgen vorgenommen werden. Im vorliegenden Fall wurde die Verordnung zur Eröffnung der besagten Zollkontingente am 30.12.1995 veröffentlicht, aber erst ab Mitte Januar 1996 wirksam. Die Kommission hat die Mitgliedstaaten unverzüglich von der Eröffnung der Zollkontingente unterrichtet. Die Mitgliedstaaten konnten ihre Ziehungsanträge bis zum 5. Februar 1996, dem Tag, an dem die im Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 24. Juli 1995 mit Norwegen vorgesehenen Zollkontingente zugeteilt wurden, einreichen. Vor diesem Zeitpunkt konnte also kein Mitgliedstaat die Begünstigung durch die betreffenden Zollkontingente gewähren. Die Behauptung des Beteiligten, anders als in Deutschland hätten die Zollbehörden in den übrigen

¹⁰ ABl. L 101 vom 4.5.1995, S. 1.

Mitgliedstaaten bereits vor dem 1. September 1995 Ziehungen auf die betreffenden Zollkontingente vorgenommen, trifft somit nicht zu.

- (29) Der Beteiligte macht weiter geltend, dass nachdem die ersten zollfreien Einfuhren im Rahmen eines Zollkontingents von den zuständigen Behörden vom 1. September 1995 an zugelassen worden waren, die Kunden ihm verstärkt Aufträge zur Einfuhr der Kontingentswaren erteilt hätten. Aus diesem Grund habe er ab 1. September 1995 die in Rede stehenden Einfuhren vorgenommen; als er dann das Zollkontingent nicht in Anspruch nehmen konnte, habe er den Abgabebetrag nicht auf seine Kunden abwälzen können, da die meisten die Zahlung unter Berufung darauf verweigerten, dass sie die Aufträge nur im Hinblick auf die Möglichkeit erteilt hatten, ab 1. September 1995 im Rahmen eines Zollkontingents einzuführen. Der Beteiligte befinde sich somit in einer heiklen finanziellen Lage.
- (30) Von besonderen Umständen kann in diesem Fall nicht die Rede sein. Zunächst ist hierzu festzuhalten, dass zum einen derartige Angelegenheiten in den vertraglichen Beziehungen zwischen dem Beteiligten und seinen Kunden geregelt werden und es zum anderen gemäß der ständigen [Rechtsprechung](#)¹¹ den Wirtschaftsteilnehmern obliegt, im Rahmen ihrer vertraglichen Beziehungen die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um sich gegen das Risiko einer Nacherhebung von Zöllen und den Umstand abzusichern, dass sie ihre Kunden nicht zur Übernahme der Kosten heranziehen können.
- (31) Der Beteiligte beanstandet auch das Verhalten der deutschen Behörden und zwar vor allem, dass diese ihre Wirtschaftsbeteiligten angeblich wesentlich später von der Eröffnung der Zollkontingente ab 1. Juli 1995 in Kenntnis gesetzt hätten, als dies in den anderen Mitgliedstaaten der Fall gewesen sei. Hätte der Beteiligte jedoch gewusst, dass die Zollkontingente ab 1. Juli 1995 und nicht erst ab 1. September 1995 eröffnet werden würden, so hätte er bereits ab 1. Juli 1995 weit mehr Sendungen eingeführt und für diese den präferentiellen Kontingentszollsatz in Anspruch genommen. Im Übrigen hätten die Anmelder aus den anderen Mitgliedstaaten das Kontingent so unter Ausschluss seiner Konkurrenz ausschöpfen können, wodurch ein ungerechtfertigter und mit Sinn und Zweck eines Kontingents nicht zu vereinbarender

¹¹ Urteil vom 18. Januar 2000, „Méhibas“ (Rechtssache T-290/97).

Wettbewerbsvorteil entstanden sei. Überdies hätten die deutschen Behörden die vorgenannte Verordnung (EG) Nr. 3061/95 strikter angewandt als die Zollbehörden bestimmter anderer Mitgliedstaaten und sich auch hinsichtlich der Anrechnung der Waren auf die Kontingente bereits vor deren Eröffnung strenger an das Verfahren gehalten als andere Zollbehörden. Schließlich hätten die deutschen Behörden dem Beteiligten den (aus der Erschöpfung der Zollkontingente) entstandenen Zollschuldbetrag wesentlich später mitgeteilt, als die Zollbehörden der anderen Mitgliedstaaten es ihren Wirtschaftsbeteiligten gegenüber getan hätten.

- (32) Zu dem Argument, die deutschen Behörden hätten den Wirtschaftsbeteiligten die Eröffnung der Zollkontingente ab 1. Juli 1995 später mitgeteilt als die Verwaltungen der anderen Mitgliedstaaten, ist anzumerken, dass für eine Ziehung auf die Zollkontingente allein die Verordnung maßgeblich ist, mit der diese eröffnet wurden, d.h. in diesem Fall die vorgenannte Verordnung (EG) Nr. 3061/95. Aus den von den deutschen Behörden übermittelten Unterlagen geht zudem hervor, dass dem Beteiligten bereits im Juni 1995, also schon vor Veröffentlichung des Beschlusses 95/312/EG bekannt war, dass im Rahmen des Zusatzprotokolls zum Abkommen mit Norwegen ein Zollkontingent für norwegischen Fisch eröffnet würde. Er hätte also bereits zu diesem Zeitpunkt seine Kunden auffordern können, ihm die für die Inanspruchnahme dieser Kontingente erforderlichen Nachweise beizubringen. Auch in dieser Hinsicht liegen somit keine besonderen Umstände vor.
- (33) Zu der Behauptung, die deutschen Behörden hätten die Verordnung (EWG) Nr. 3061/95 strikter angewandt als die Zollbehörden bestimmter anderer Mitgliedstaaten, ist festzuhalten, dass dies keinen besonderen Umstand im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 begründet. Denn abgesehen davon, dass diese Behauptung nicht erwiesen ist, kann der Beteiligte insofern keinen besonderen Umstand geltend machen, als die deutschen Behörden die geltenden Vorschriften der Gemeinschaft eingehalten haben. Zudem kann auch eine mögliche Falschanwendung der zollrechtlichen Bestimmungen durch andere Mitgliedstaaten keinen besonderen Umstand für den Zollschuldner im Sinne von Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 begründen.
- (34) Des Weiteren belegen die vorliegenden Fakten zu den betreffenden Zollkontingenten (Verhältnis der Zahl der Ziehungsanträge insgesamt zu der Zahl der von Deutschland

vorgelegten Anträge), dass die von den zuständigen deutschen Behörden vorgelegten Ziehungsanträge im Schnitt die Hälfte aller Anträge für jedes einzelne Kontingent ausmachten. Daher kann nicht behauptet werden, die zuständigen Behörden hätten aufgrund ihrer Verwaltungspraktik diejenigen Wirtschaftsbeteiligten, die ihre Sendungen in Deutschland abfertigten und die entsprechenden Voraussetzungen erfüllten, an einer rechtzeitigen Anrechnung auf die Zollkontingente gehindert.

- (35) Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die deutschen Behörden insofern sorgfältig gehandelt haben, als sie von Amts wegen veranlassten, dass die vom Beteiligten in den Monaten Juli und August 1995 vorgelegten Anmeldungen, für die letzterer keine Inanspruchnahme des Kontingents beantragt hatte, bei Vorlage der erforderlichen Präferenznachweise dennoch auf dieses angerechnet werden konnten. Dieses Vorgehen führte dazu, dass dem Beteiligten Einfuhrabgaben in Höhe von XXXXXXXX erstattet wurden.
- (36) Außerdem sei grundsätzlich daran erinnert, dass die Entscheidung, wann eine Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr vorgelegt wird, allein der Verantwortung des Anmelders, in diesem Fall also des Beteiligten, unterliegt. Seine Aufgabe ist es auch, die für die Inanspruchnahme des Kontingents erforderlichen Unterlagen rechtzeitig beizubringen, weil er ansonsten Gefahr läuft, dass ihm die entsprechenden Begünstigungen verwehrt werden.
- (37) In Bezug auf die Mitteilung des Zollschuldbetrags durch die zuständigen Behörden ist schließlich festzustellen, dass der Beteiligte mit diesem Argument die Art und Weise beanstandet, in der die zuständigen Behörden den Zoll erhoben haben. Beanstandungen dieser Art können jedoch bei einem Erlass oder einer Erstattung aus Billigkeitsgründen nicht berücksichtigt werden. Die Kommission hat nämlich bei der Entscheidung über einen von einem Mitgliedstaat übermittelten Antrag auf Erlass oder Erstattung von Einfuhrabgaben diesen Antrag so zu prüfen, wie er übermittelt worden ist, ohne die Fristen beanstanden zu können, innerhalb deren der Zoll von den Zollbehörden erhoben worden ist¹².

¹² siehe insbesondere das Urteil vom 16. Juli 1998 in der Rechtssache „Kia Motors“ (T-195/97), das Urteil vom 11. Juli 2002 in der Rechtssache „Hyper Srl“ (T-250/99) und das Urteil vom 13. März 2003 in der Rechtssache „Cargill“ (C-156/00).

- (38) Die vorstehend dargelegten Elemente begründen somit nach Ansicht der Kommissionsdienststellen keine besonderen Umstände im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92.
- (39) Auch haben die Kommissionsdienststellen keine anderen Elemente feststellen können, die als besondere Umstände zu bewerten wären.
- (40) Daher ist eine Erstattung der Einfuhrabgaben im vorliegenden Fall nicht gerechtfertigt -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattung der Einfuhrabgaben in Höhe von XXXXXXXX, die Gegenstand des Antrags der Bundesrepublik Deutschland vom 13. Juni 2002 sind, ist nicht gerechtfertigt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 1-10-2004

*Für die Kommission
Frits Bolkestein
Mitglied der Kommission*